

Aktion Zuflucht



**kein
mensch
ist
illegal**

Zum Schutz von Flüchtlingen vor Verfolgung im Herkunftsland war das Recht auf Asyl ins Grundgesetz aufgenommen worden. Die Chance, Deutschland auf legalem Weg zu erreichen, ist seit der Grundgesetzänderung im Mai 1993 fast aussichtslos geworden. Sogenannte sichere Dritt- und Herkunftsländer sowie Schnellverfahren, in denen individuelle Schicksale keine Rolle mehr spielen, wurden eingeführt, um eine schnelle Asylverweigerung durchzusetzen. Die rechtlichen Möglichkeiten sind auf ein Minimum beschränkt worden. Zusätzlich gibt es das Schengenabkommen, das die europäischen Länder nach außen abgrenzen soll. Gelingt es Flüchtlingen dennoch in die BRD zu kommen, erwarten sie hier menschenunwürdige Unterkünfte, eingeschränkte soziale und medizinische Versorgung, Willkür und Voreingenommenheit der zuständigen Behörden und Personen.

Nach der Asylablehnung folgt oftmals die Abschiebung in die Herkunftsländer. Der Weg dorthin führt nicht selten über extra dafür eingerichtete Abschiebegefängnisse. Abscits öffentlicher Aufmerksamkeit, isoliert in Lagern werden unkontrolliert mit steigender Tendenz Abschiebungen "vollstreckt". Willkürlich und rücksichtslos wird damit auch die Verantwortung für Fluchursachen abgeschoben.

AKTION ZUFLUCHT **Unterstützung für bedrohte Flüchtlinge**

AKTION ZUFLUCHT, 1993 gegründet, ist ein Versuch, den permanenten Verschärfungen der Asylpraxis nicht tatenlos zuzusehen, sondern dagegen tätig zu werden. Von Abschiebung bedrohten Menschen soll eine Atempause ermöglicht werden, um Alternativen zu finden. Die Analyse der individuellen Situation erfordert neben umfassender Information, rechtlichem und persönlichem Beistand auch Unterkunft und finanzielle Absicherung.

Wichtige Grundlage dieser Unterstützungsarbeit ist für uns der Respekt vor der Entscheidung zur Flucht. Wir gehen davon aus: Kein Mensch flieht freiwillig. Staatliche Fluchtkriterien können für uns kein Maßstab sein. Ihre Ungerechtigkeit wird uns täglich vor Augen geführt - durch Abschiebung in Krisenregionen, Elend und Verfolgung. Wir können (wollen) uns nicht anmaßen zu entscheiden, wer das Recht hat in der Bundesrepublik Deutschland zu leben.

Im Bewußtsein, daß konkrete Einzelhilfe keine zufriedenstellende Verbesserung der Situation von Flüchtlingen darstellt, begreifen wir unsere Arbeit auch als Ausdruck des Protestes gegen die ausgrenzende Sonderbehandlung von flüchtenden Menschen.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen, Kirchen und Einzelpersonen, die die herrschende Asylgesetzgebung ablehnen, möchten wir durch Öffentlichkeitsarbeit für eine humane Flüchtlingspolitik eintreten.

Was können wir erreichen? Diese Menschen vorübergehend dem stattlichen Zugriff entziehen; sie eventuell in ein (neues) Asylverfahren zurückbringen; rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen, die ihnen häufig unbekannt sind oder auch im Notfall die Weiterwanderung ermöglichen.

Zuflucht

für den Algerier der dem Krieg zwischen Staat und FIS entflieht, dessen "statistisches Risiko" darin sein Leben zu verlieren angeblich zu gering für einen Anspruch auf Asyl ist.

Zuflucht

für die Frau aus Zaire, die keine vom Gericht akzeptierte politische Verfolgung nachweisen kann, da Vergewaltigung als Grund nicht anerkannt wird.

Zuflucht

für das kurdische Ehepaar, das nach einem üblichen Schnellverfahren vor vier Jahren abgeschoben werden sollte, dessen Schicksal nach langwieriger Beweissammlung aus ihrem Versteck heraus zu einer Asylanerkennung führte.

